

# DIE KOMMUNALE

Das Magazin für Kommunalpolitik



Michael Serran  
Aachen



Ralf Lubat  
Bochum



Stefan Loh  
Duisburg



Fabian Zachel  
Düsseldorf



Julia Klewin  
Essen



Andrea Henze  
Gelsenkirchen



Thomas Koehler  
Hagen



Marc Herter  
Hamm



Dr. Frank Dudda  
Herne



Torsten Burmester  
Köln



Fran  
Krefeld



Nadia Khalaf  
Ruhr



Stephan Brinktrine  
Münster



Thorsten Berg  
Oberhausen



Sven Wolf  
Remscheid



Josef Neumann  
Solingen



Miriam Scherff  
Wuppertal



Sebastian Glözel  
Wuppertal



Birgit Schmiedel  
Wuppertal

## Unser Team für NRW Anpacken, wo's zählt – im Alltag der Menschen.

Alltag der Menschen muss funktionieren!

### Seite 3

Erste Bilanz der Arbeit der Regierungskoalition aus kommunaler Sicht

Jahrgang 22 – Ausgabe 2 – 2025

### Seite 4

Hoffnungsschimmer bei den Altschulden?

### Seite 12

Neues Zählverfahren gekippt



## LIEBE LESERINNEN, LIEBE LESER,

normalerweise wünsche ich zu dieser Zeit im Jahr eine entspannte Sommerpause und allen in der Kommunalpolitik Aktiven die Muße, durchzuatmen, zu entspannen und die Ferien zu genießen. In diesem Jahr ist alles anders! Wir befinden uns mitten im Wahlkampf! Die Kommunalwahl steht am 14. September bzw. die Stichwahl am 28. September vor der Tür. Es hat bisher keine Kommunalwahl gegeben, die derart bedeutsam für das Schicksal der Sozialdemokratie in Nordrhein-Westfalen war wie die jetzt bevorstehende.

Die Bundestagswahl Anfang des Jahres war ein Desaster. In aktuellen Umfragen stehen wir sogar noch schlechter da! Die Feststellung ist bitter: Aber auch dafür haben einige unserer Leute mit ihrem Verhalten beispielsweise auf dem Bundesparteitag gesorgt. Wider besseres Wissen!

Es ist eine Binse – und auf der kommunalen Ebene wissen wir es seit Jahren: Wir haben nur dann Erfolg, wenn wir geschlossen sind, wenn wir gemeinsam für unsere Inhalte streiten und wenn wir uns um die Dinge kümmern, die unseren Nachbarn auf den Nägeln brennen. Der Alltag der Menschen muss funktionieren! Das ist unsere vornehmste Aufgabe als Sozialdemokratie. Die Brot- und Butter-Themen müssen unsere sein: In Europa, im Bund, im Land und eben in der Kommune!

In der Vergangenheit haben wir in den Städten, Gemeinden und Kreisen hierfür die Gewähr geboten. Die SPD ist Kümmererpartei. Das macht uns stark und das macht uns vor Ort erfolgreich. Das gilt übrigens auch für Zeiten wie jetzt, in denen uns der politische Wind ins Gesicht bläst.

Bei der Kommunalwahl haben wir vieles in der Hand. Lasst uns unterhaken, lasst uns unsere Kraft bündeln und lasst uns gemeinsam für den Erfolg kämpfen! Ich bedanke mich herzlich bei denjenigen, die im September für ein kommunalpolitisches Ehren- oder Hauptamt kandidieren, und vor allem bei den vielen tausend Menschen, die in den verbleibenden Wochen für unsere Inhalte, unsere Werte und unser Personal aktiven Wahlkampf machen. Ihr alle seid die Stärke der Sozialdemokratie!

**Frank Meyer**

Landesvorsitzender der SGK NRW

# DIE KOMMUNALE

## INHALT

### KOALITIONSVERTRAG

#### 3 Kleine Erfolge und nachhaltige Ernüchterung

Erste Bilanz der Arbeit der Regierungskoalition im Bund aus kommunaler Sicht:

### ALTSCHULDEN

#### 4 Hoffnungsschimmer bei den Altschulden?

### KOMMUNALWAHL 2025

#### 6 Unser Team für NRW

Kandidierende für das Amt der Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister

Kandidierende für das Amt der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister

Kandidierende für das Amt der Landrätinnen und Landräte

### DEMO-KOMMUNALKONGRESS

#### 10 SGK NRW und DEMO Kongress 2025

Starke Kommunen, starke Demokratie: SGK NRW und DEMO setzen Zeichen für die Zukunft

#### 11 Kommunalfüchse 2025

### SGK-RECHT

#### 12 Neues Zählverfahren gekippt

Das Neue Zählverfahren für die Kommunalwahl hat keinen Bestand vor dem Verfassungsgericht NRW

### SGK-RÜCKBLICK

#### 13 Kamingsgespräche 2025

### BUCHTIPPS

#### 14 Kurz vorgestellt

Lesestoff für die kommunalpolitische Arbeit

# KLEINE ERFOLGE UND NACHHALTIGE ERNÜCHTERUNG

ERSTE BILANZ DER ARBEIT DER REGIERUNGSKOALITION IM BUND AUS KOMMUNALER SICHT

Ausgerechnet die gesetzgeberischen Pläne zur Umsetzung des ersten Teils des Sondervermögens erzeugen bei Städten, Gemeinden und Kreisen Ernüchterung.

Zwischen dem Referentenentwurf des „Länder-und-Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetzes“ (LuKIFG) und dem nach der Einigung in der Bund-Länder-Arbeitsgruppe entstandenen Gesetzentwurf haben die Bundesländer dafür gesorgt, dass ausgerechnet die 60-Prozent-Mindestquote zugunsten der Kommunen weggefallen ist. Dementsprechend ist die Sorge vor den „klebrigen“ Fingern der Bundesländer groß, dass die Investitionsmittel nicht in der Größenordnung auf der kommunalen Ebene ankommen, wie es der prozentuale Anteil erfordern würde. Eigentlich hätte es keines weiteren Beleges bedurft, aber diese Konstellation zeigt einmal mehr, dass Kommunen mit an den Tisch gehören, wenn in Berlin über Finanz- und Verteilungsfragen verhandelt wird! Ansonsten steht unter dem Strich immer nur ein Geschäft zulasten Dritter.

Länder und Kommunen erhalten nach dem LuKIFG einen festen Anteil von 100 Milliarden Euro am Sondervermögen des Bundes zur Verfügung, um dringende Investitionsvorhaben eigenständig voranzutreiben. Der Bund übernimmt auch die fälligen Zinsen sowie die Tilgung. Die Investitionen sollen schnell, sichtbar und für die Menschen und die Wirtschaft spürbar auf den Weg gebracht werden. Dabei kommt es auf einfache und bürokratiearme Verfahren an. Heißt konkret: Es sollen keine Genehmigungen von Einzelprojekten, sondern pauschale Zuweisungen erfolgen. Ebenfalls sollen die Verwendungsmöglichkeiten erweitert sowie die Doppelförderung ermöglicht werden. Aus kommunaler Sicht ist das eine echte Erleichterung bei der Umsetzung konkreter Projekte.

Ein weiteres bedeutsames Projekt der neuen Bundesregierung ist der so genannte Investitions-Booster der Bundesregierung. Auf dem Programm stehen bessere steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten für Unternehmen in erheblicher Größenordnung sowie die Absenkung der Körperschaftssteuer. Pferdefuß hieran: Allein die Einnahmeausfälle für die kommunale Ebene hätten über die Jahre weit über 10 Milliarden Euro betragen. Deswegen war es richtig und gut, dass Bundesfinanzminister Lars Klingbeil gemeinsam mit einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe eine Einigung in die Wege geleitet hat, die insbesondere den Kommunen hilft.



Die Mindereinnahmen der Kommunen werden für den Zeitraum von 2025 bis 2029 vollständig über „eine entsprechende Anpassung der Festbeträge an der Umsatzsteuer der Gemeinden“ übernommen. Dass der Bund Verantwortung für die Folgen eigener Gesetze übernimmt, darf dabei als gutes Zeichen gewertet werden.



**Maik Luhmann**

Landesgeschäftsführer der SGK NRW

Die Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern reichen aber noch weiter: Auch die Mindereinnahmen der Länder werden anteilig durch den Bund übernommen – hier für den Zeitraum 2026 bis 2029. Die Kompensation erfolgt in Höhe von zusätzlich 8 Milliarden Euro über Programme mit Mitteln aus dem Gesetz zur Errichtung eines Sondervermögens Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIKG). Erstens wird ein neues Programm zur Förderung

von Investitionen in die Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur und Kitas aufgelegt. Die Länder erhalten über den Verteilmechanismus „Königsteiner Schlüssel“ befristet für vier Jahre jeweils eine Milliarde Euro pro Jahr. Hier wird einmal mehr die Kommunalfreundlichkeit deutlich. Denn auch diese Investitionshilfen für die Länder sind so adressiert, dass sie vor Ort, in den Städten, Gemeinden und Kreisen, Wirkung entfalten. Nordrhein-Westfalen darf sich also insgesamt über 800 Millionen Euro freuen. Zweitens wird ein Modernisierungsfonds für Krankenhäuser geschaffen, der sich mit einem Gesamtvolumen von 50 Milliarden Euro über eine Laufzeit von zehn Jahren erstreckt. Ursprünglich war geplant, dass Bund und Länder sich die Kosten pro Jahr teilen. Mit der neuen Vereinbarung übernimmt der Bund in den ersten vier Jahren 3,5 Milliarden Euro und die Länder 1,5 Milliarden Euro. Auch von dieser Regelung dürften nicht zuletzt die betroffenen Kommunen profitieren.

Der Wunsch nach einer systematischen kommunalen Beteiligung auf Augenhöhe bleibt leider weiterhin ungehört. Zweitens ist der „Königsteiner Schlüssel“ ein Verteilmechanismus, der den aktuellen Anforderungen nicht mehr gerecht wird und soziale sowie wirtschaftliche Ungleichheit bzw. Bedürftigkeit weitgehend außen vorlässt und der bei künftigen Vorhaben dementsprechend nicht mehr zur Anwendung kommen sollte. Für die Städte, Gemeinden und Kreise in Nordrhein-Westfalen beginnt nun das bange Warten auf den Tag, an dem die schwarz-grüne Landesregierung erklärt, in welcher Größenordnung Mittel aus dem Sondervermögen bei den Kommunen ankommen.

## HOFFNUNGSSCHIMMER BEI DEN ALTSCHULDEN?



**Maik  
Luhmann**

Landesgeschäftsführer  
der SGK NRW

**E**inen prominenten Part im Bereich der kommunalen Finanzmisere nehmen die sogenannten Altschulden ein, also Kassen- oder Liquiditätskredite (§ 89 GO NRW), mit denen Kommunen ihre alltäglichen Aufgaben finanzieren, weil sie strukturell unterfinanziert sind. In seiner letzten Sitzungswoche vor der Sommerpause hat der Landtag Nordrhein-Westfalen jetzt das Altschuldenentlastungsgesetz (ASEG) auf den Weg gebracht. Gleichzeitig hat in Berlin eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe ebenfalls Vereinbarungen zu kommunalen Altschulden getroffen. Ist das jetzt also der lange ersehnte Durchbruch in dieser Angelegenheit? Um einen Teil der Antwort vorwegzunehmen: Es bestehen berechtigte Zweifel! Altschuldenlösung: Nein! Altschuldenhilfe: Ja! Wirksamkeit: Abwarten!

Über Altschulden zu sprechen oder zu schreiben, bedeutet immer, den Blick nach hinten zu richten. Es ist ein Drama in mehreren Akten, das zwischen den staatlichen Ebenen mittlerweile seit mehr als einem Jahrzehnt aufgeführt wird: Der Kampf um die kommunalen Altschulden. Das Thema zieht sich mehr oder weniger deutlich durch eine Vielzahl von Koalitionsvereinbarungen auf Bundes- und Landesebene – passiert ist bis heute wenig wirklich Zählbares.

Historisch betrachtet sind die Altschulden mit zwei wesentlichen Faktoren zu erklären:

1. Mit der zunehmenden strukturellen Unterfinanzierung der kommunalen Ebene seit den 1980er-Jahren (z.B. sukzessive Senkung des Verbundsatzes).

2. Hinzu traten insbesondere in strukturschwachen Bereichen überbordende Sozialausgaben, bedingt durch den Strukturwandel. Die Transformationskosten sind ungeachtet akuter Finanzhilfen in den jeweiligen Drucksituationen zu einer echten Last für Generationen geworden.

Ein zusätzlicher Faktor tritt in Nordrhein-Westfalen noch hinzu: Die in der Folge von Pandemie und Ukraine-Krieg durch das Land auf den Weg gebrachten Isolierungs-

gesetze (CIG und CUIG) schaffen durch ihre fragwürdige Systematik quasi die Altschulden der Zukunft und verschärfen so die Situation nochmals. Allein in Nordrhein-Westfalen betragen die Liquiditätskredite 23,6 Milliarden Euro. Von 396 Kommunen in NRW haben lediglich 90 keine Kassenkredite.

### **NRW-LANDTAG BRINGT ALTSCHULDENENTLASTUNGSGESETZ AUF DEN WEG**

Die Landesregierung plant nunmehr eine anteilige Entschuldung der Kommunen, indem:

- Bis zu 50 Prozent der als übermäßig anerkannten Verbindlichkeiten zur Liquiditätssicherung bis zum 31. Dezember 2023 werden übernommen.
- Kommunen antragsberechtigt sind, sobald sie oberhalb des als „unbedenklich“ bezeichneten Schuldensockels von 100 Euro pro Einwohner liegen.
- Allen Kommunen eine einheitliche Mindestquote ihrer übermäßigen Verbindlichkeiten zur Liquiditätssicherung abgenommen wird.
- Schulden durch das Land übernommen werden, bis keine Kommune mehr als 1.500 Euro an berücksichtigungsfähigen übermäßigen Verbindlichkeiten je Einwohner hat.

Nach den genannten Abzügen verbleibt eine Summe von rund 19 Milliarden Euro als übermäßige Verbindlichkeiten zur Liquiditätssicherung. Finanziert wird die Übernahme durch einen jährlichen Betrag von 250 Millionen Euro, der aus dem Landeshaushalt entnommen wird bei einem mittleren Refinanzierungszinssatz in Höhe von 2,25 Prozent und einer Tilgung von 0,5 Prozent der Schulden.

### ***Die von der nordrhein-westfälischen Landesregierung geplanten Maßnahmen sind eine Hilfe, aber keine Lösung der Altschuldenproblematik.***

Die Anträge können ab dem 1. Januar 2026 auf dem Antragsportal der NRW.Bank bis zum 30. April 2026 gestellt werden. Hierfür ist es erforderlich, dass ein entsprechender Ratsbeschluss, ein festgestellter Jahresabschluss oder ein bestätigter Entwurf sowie ein Prüfungsbericht vorliegt. In Letzterem soll die tatsächlich zu übernehmende Schuldenlast der einzelnen Kommune für das Land festgestellt werden. Bisher sieht das Land lediglich Wirtschaftsprüfer in der Lage, diese Prüfung vorzunehmen. Ob demnächst auch die Gemeindeprüfungsanstalt beauftragt werden kann, ist noch offen.

Die von der nordrhein-westfälischen Landesregierung geplanten Maßnahmen sind eine Hilfe, aber keine Lösung der Altschuldenproblematik. Allein, dass rund 15 Milliarden Euro Liquiditätskredite bei den Kommunen verbleiben, ist ein triftiger Grund. Außerdem werden lediglich Verbindlichkeiten bis Ende 2023 übernommen.

Die Schuldenlast der Kommunen ist jedoch allein im Jahr 2024 um rund fünf Milliarden Euro gestiegen – inklusive 2,2 Milliarden Euro Liquiditätskredite. Außerdem bestraft der Stichtag 31.12.2023 diejenigen Kommunen, die in den vergangenen Jahren massiv Schulden abgebaut haben. Es dürfte ein erheblicher Aufwand entstehen, wenn die Kommunen den Stand ihrer Schulden nachweisen, abgesehen von der Tatsache, dass alle zur gleichen Zeit auf der Suche nach Wirtschaftsprüfern sein werden.

Weiterer Kritikpunkt ist, dass das Gesetz nicht mit einem Plan verbunden ist, wie künftig derartige Neuverschuldungen vermieden werden können. Und das in einer Zeit, in der die Kommunen nach wie vor strukturell unterfinanziert sind und Sozialkosten ins Unermessliche steigen. Deswegen bleibt es dabei: Dreh- und Angelpunkt ist die dauerhafte aufgabengerechte und auskömmliche Finanzierung der Kommunen! Und daneben braucht es eine echte und vollständige Altschuldenlösung.



### **BUND MUSS SICH EBENFALLS BETEILIGEN**

Eine vollständige Altschuldenlösung ist bei den jetzt vorgelegten NRW-Plänen nicht denkbar, weil hierzu der Finanzierungsrahmen nicht ausreicht. In welcher Weise der Bund sich an dem NRW-Vorschlag beteiligt, ist weitgehend offen. Zwar haben sich die Regierungsparteien in Berlin auf der Zielgeraden noch auf eine Formulierung im Koalitionsvertrag geeinigt, ein genaues Konzept, wie eine solche Beteiligung aussehen soll, liegt noch nicht vor. Hier gilt es in den kommenden Monaten, alles politische Gewicht in eine sinnvolle und wirksame Regelung auf der Bundesebene zu legen. Ob sich allerdings bis dahin das janusköpfige Verhalten der NRW-Landesregierung, nämlich gleichzeitig eine Lösung von Berlin zu fordern, sich aber nicht aktiv dafür einzusetzen, ändert, dürfte eher unwahrscheinlich sein.

So bleibt am Ende des Tages für die betroffenen Kommunen die bittere Erkenntnis: Es werden immerhin Maßnahmen eingeleitet. Unter dem Strich sind sie eher Hilfe als Altschuldenlösung. Und an der dramatischen Unterfinanzierung der kommunalen Ebene ändert sich nichts. Aussichten, die angesichts vieler weiterer Herausforderungen den Finanzverantwortlichen vor Ort die Tränen in die Augen treiben dürfte. Das dauerhafte Hin- und Her-Geschiebe der Schwarzen-Peter-Karte zwischen den staatlichen Ebenen wird mehr und mehr zu einer existenziellen Gefahr für unsere Städte, Gemeinden und Kreise.

# UNSER TEAM FÜR NRW

Die hier abgebildeten Kandidatinnen und Kandidaten stehen stellvertretend für die vielen Tausend ehrenamtlichen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, die sich in den Städten, Gemeinden und Kreisen zur Wahl stellen.



Fotos: SGK NRW

## KANDIDIERENDE FÜR DAS AMT DER OBERBÜRGERMEISTERINNEN UND OBERBÜRGERMEISTER

- |   |   |  |   |   |  |  |  |   |
|---|---|--|---|---|--|--|--|---|
| <br><b>Michael Servos</b><br>Aachen        | <br><b>Ingo Nürnberger</b><br>Bielefeld  | <br><b>Jörg Lukat</b><br>Bochum     | <br><b>Jochen Reeh-Schall</b><br>Bonn  | <br><b>Matthias Buschfeld</b><br>Bottrop | <br><b>Thomas Westphal</b><br>Dortmund | <br><b>Sören Link</b><br>Duisburg       | <br><b>Fabian Zachel</b><br>Düsseldorf          | <br><b>Julia Klewin</b><br>Essen                 |
| <br><b>Andrea Henze</b><br>Gelsenkirchen | <br><b>Thomas Koehler</b><br>Hagen     | <br><b>Marc Herter</b><br>Hamm    | <br><b>Dr. Frank Dudda</b><br>Herne  | <br><b>Torsten Burmester</b><br>Köln   | <br><b>Frank Meyer</b><br>Krefeld    | <br><b>Uwe Richrath</b><br>Leverkusen | <br><b>Felix Heinrichs</b><br>Mönchengladbach | <br><b>Nadia Khalaf</b><br>Mülheim an der Ruhr |
| <br><b>Stephan Brinktrine</b><br>Münster | <br><b>Thorsten Berg</b><br>Oberhausen | <br><b>Sven Wolf</b><br>Remscheid | <br><b>Josef Neumann</b><br>Solingen | <br><b>Miriam Scherff</b><br>Wuppertal |  |  |  |   |

Fotos: Die Aufnahmen wurden uns von den Kandidat\*innen zur Verfügung gestellt. Die Urheberrechte liegen bei den jeweiligen Fotografen

## KANDIDIERENDE FÜR DAS AMT DER BÜRGERMEISTERINNEN UND BÜRGERMEISTER

- |  |   |  |   |  |   |  |  |   |
|--|---|--|---|--|---|--|--|---|
| <br><b>Dirk Schlebes</b><br>Ahlen                 | <br><b>Tim Krämer</b><br>Alsdorf             | <br><b>Markus Ferber</b><br>Altena  | <br><b>Ralf Paul Bittner</b><br>Arnsberg | <br><b>Christian Porspischil</b><br>Attendorn | <br><b>Mats Uffe Schubert</b><br>Augustdorf   | <br><b>Frank Klein</b><br>Bad Honnef  | <br><b>Samir Schneider</b><br>Bad Laasphe   | <br><b>Sebastian Glatzel</b><br>Bad Münstereifel |
| <br><b>Henrike Diestelhorst</b><br>Bad Oeynhausen | <br><b>Markus Schallenberg</b><br>Baesweiler | <br><b>Oliver Humke</b><br>Barntrop | <br><b>Sascha Solbach</b><br>Bedburg     | <br><b>Torsten Rekewitz</b><br>Bergheim       | <br><b>Marcel Kreutz</b><br>Bergisch Gladbach | <br><b>Bernd Schäfer</b><br>Bergkamen | <br><b>Christian Hannes</b><br>Bergneustadt | <br><b>Matthias Scheidt</b><br>Bestwig           |



**Dirk Lampersbach**  
Bönen



**Dirk Speckmann**  
Borgholzhausen



**Anna Peters**  
Bornheim



**Christof Bartsch**  
Brilon



**Bernhard Schumacher**  
Brühl



**Susanne Rutenkröger**  
Bünde



**Ralph Liebig**  
Burscheid



**Rajko Kravanja**  
Castrop-Rauxel



**Iris Guder**  
Dahlem



**André Dora**  
Datteln



**Frank Hilker**  
Detmold



**Simon Panke**  
Dinslaken



**Erik Lierenfeld**  
Dormagen



**Julian Fragemann**  
Dorsten



**Andreas Bier**  
Dülmen



**Meike Schnake-Rupp**  
Emmerich am Rhein



**Eva Nie**  
Emsdetten



**Christian Welsch**  
Engelskirchen



**Sven Schloemann**  
Enger



**Michael Tüffers**  
Erkelenz



**Henning Gronau**  
Erndtbrück



**Nadine Leonhardt**  
Eschweiler



**Ruth Reintke**  
Eslohe



**Hartmut Sticken**  
Espelkamp



**Michael Höllmann**  
Euskirchen



**Nicole Reschke**  
Freudenberg



**Sabina Müller**  
Fröndenberg/Ruhr



**Rolf Apweiler**  
Geilenkirchen



**Sabrina Kühle**  
Geldern



**Claus Jacobi**  
Gevelsberg



**Bettina Weist**  
Gladbeck



**Christian Kriegeskotte**  
Greven



**Klaus Krützen**  
Grevenbroich



**Kai Hutzenlaub**  
Gronau



**Edda Sommer**  
Halle (Westf.)



**Ralf Dräger**  
Harsewinkel



**Melanie Witte-Lonsing**  
Hattingen



**Mario Dahm**  
Hennef



**Iris Stalzer**  
Herdecke



**Tim Kähler**  
Herford



**Dr. Babette Nieder**  
Herten



**Dr. Benjamin Fadavian**  
Herzogenrath



**Andreas Hüffmann**  
Hiddenhausen



**Kevin Buchner**  
Hilden



**Andreas Kulle**  
Hille



**Till Knoche**  
Holzwickede



**David Ostholthoff**  
Hörstel



**Maurice Korsten**  
Hückelhoven



**Monika Verspohl**  
Hückeswagen



**Alfred Krause**  
Hüllhorst



**Jan Scholte-Reh**  
Hünxe



**Marc Schrameyer**  
Ibbenbüren



**Sascha Kujath**  
Issum



**Lothar Fink**  
Kaarst



**Emmanuel Kunz**  
Kall



**Elke Kappen**  
Kamen



**Christoph Landscheidt**  
Kamp-Lintfort



**Ludger Hildebrand**  
Kirchlengern



**Frank Weckauf**  
Korschenbroich



**Richard Peters**  
Kranenburg



**Michael Kolodzig**  
Kreuztal



**Sascha Pechbrenner**  
Kürten



**Matthias Kalkreuter**  
Lage



**Andreas Adán**  
Langenfeld



**Frank Steffes**  
Leichlingen



**Alexander Baer**  
Lemgo



**Björn Schilling**  
Lengerich



**Martin Hoffmann**  
Leopoldshöhe



**Marion Schunck-Zenker**  
Linnich



**Philipp Knappmeyer**  
Lübbecke



**Sebastian Wagemeyer**  
Lüdenscheid



**Torben Blome**  
Lügde



**Martina Förster-Teutenberg**  
Lünen



**Fabian Geisel**  
Marienheide



**Werner Arndt**  
Marl



**Dr. Peter Schweikert-Wehner**  
Mechernich



**Stefan Pohl**  
Meckenheim



**Nicole Niederdelmann-Siemens**  
Meerbusch



**Jens Wilkens**  
Menden



**Gerald Scheurmann-Kettner**  
Merzenich



**Jürgen Lipke**  
Meschede

Fotos: Die Aufnahmen wurden uns von den Kandidat\*innen zur Verfügung gestellt. Die Urheberrechte liegen bei den jeweiligen Fotografen

 <b>Peter Kock</b> Minden	 <b>Mark Rosendahl</b> Moers	 <b>Thomas Glass</b> Much	 <b>Dr.-Ing. Gerrit Kampmann</b> Netphen	 <b>Nicole Berka</b> Neunkirchen-Seelscheid	 <b>Reiner Breuer</b> Neuss	 <b>Carsten Sprung</b> Nordkirchen	 <b>Dennis Hennecken</b> Nümbrecht	 <b>Matthias Dankbar</b> Ochtrup
 <b>Andreas Fritsch</b> Odenthal	 <b>Hans Schlömer</b> Overath	 <b>Ali Chaudhry</b> Preußisch Oldendorf	 <b>David Hochhausen</b> Pulheim	 <b>Emilie Machholz</b> Radevormwald	 <b>Andreas Erzkamp</b> Raesfeld	 <b>Axel Tschersich</b> Recklinghausen	 <b>Gerald Zillig</b> Reichshof	 <b>Prof. Dr. Thomas Neuner</b> Reken
 <b>Arne Ritter</b> Rheinbach	 <b>Philipp Richter</b> Rheinberg	 <b>Siegfried Lux</b> Rödinghausen	 <b>Jorma Klaus</b> Roetgen	 <b>Martin Mertens</b> Rommerskirchen	 <b>Johanna Lindenblatt</b> Salzkotten	 <b>Hajo Kapfer</b> Schalksmühle	 <b>Sven Horstmann</b> Schieder-Schwalenberg	 <b>Stefan Vollmer</b> Schmallenberg
 <b>Dimitros Axourgos</b> Schwerte	 <b>Josef Werny</b> Sélfkant	 <b>Thomas Orłowski</b> Selm	 <b>Stefan Rosemann</b> Siegburg	 <b>Tristan Vitt</b> Siegen	 <b>Marcus Schiffer</b> Soest	 <b>Bernd Dumcke</b> Spenge	 <b>Birgit Schniedermeier</b> Sprockhövel	 <b>Sarah Süß</b> Steinhagen
 <b>Thorsten Möller</b> Stemwede	 <b>Patrick Haas</b> Stolberg	 <b>Ralph Weber</b> Sundern	 <b>Tobias Leuning</b> Swisttal	 <b>Stefan Streit</b> Tecklenburg	 <b>David Nowak</b> Tönisvorst	 <b>René Wirtz</b> Troisdorf	 <b>Christine Stadler</b> Übach-Palenberg	 <b>Pierre Keyzers</b> Uedem
 <b>Hartmut Ganzke</b> Unna	 <b>Volker Münchow</b> Velbert	 <b>Lars Lehmann</b> Versmold	 <b>Peter Schmitz</b> Viersen	 <b>Rocco Wilken</b> Vlotho	 <b>Dirk Haarmann</b> Voerde	 <b>Frank Isler</b> Wachtendonk	 <b>Thorsten Neumann</b> Waldfeucht	 <b>Marcel Mittelbach</b> Waltrip
 <b>Jörg Gawollek</b> Warstein	 <b>Raja Schiffmann</b> Wassenberg	 <b>Peter Schlösser</b> Weilerswist	 <b>Andreas Späinghaus</b> Werdohl	 <b>Sascha Quint</b> Werl	 <b>Lars Hübchen</b> Werne	 <b>Veith Lemmen</b> Werther	 <p>Leider haben uns zum Druckschluss dieser Ausgabe nicht alle Kandidierendenbilder rechtzeitig erreicht, deshalb ist die Liste leider nicht vollständig.</p>	
 <b>Rainer Benien</b> Wesel	 <b>Niklas Schulte</b> Westerkappeln	 <b>Frank Hasenberg</b> Wetter (Ruhr)	 <b>Hannes Gieseler</b> Wilnsdorf					
 <b>Dirk Leistner</b> Witten	 <b>Olaf Finke</b> Xanten	 <b>Isabella Meurer</b> Zülpich						

Fotos: Die Aufnahmen wurden uns von den Kandidat\*innen zur Verfügung gestellt. Die Urheberrechte liegen bei den jeweiligen Fotografen | VUL - Fotolia

Fotos: Die Aufnahmen wurden uns von den Kandidat\*innen zur Verfügung gestellt. Die Urheberrechte liegen bei den jeweiligen Fotografen

## KANDIDIERENDE FÜR DAS AMT DER LANDRÄTINNEN UND LANDRÄTE

 <b>Jan-Christoph Schaberick</b> Ennepe-Ruhr-Kreis	 <b>Nathalie Evers-Stumpf</b> Hochsauerlandkreis	 <b>Norbert Ricking</b> Kreis Borken	 <b>Hermann-Josef Vogt</b> Kreis Coesfeld	 <b>Max Dichant</b> Kreis Düren	 <b>Markus Ramers</b> Kreis Euskirchen	 <b>Marie Hauhart</b> Kreis Gütersloh	 <b>Andrea Reh</b> Kreis Heinsberg	 <b>Frank Diembeck</b> Kreis Herford
 <b>Helmut Lensdorf</b> Kreis Höxter	 <b>Ilka Kottmann</b> Kreis Lippe	 <b>Rainer Hübinger</b> Kreis Mettmann	 <b>Nezahat Baradari</b> Kreis Olpe	 <b>Matthias Fiedler</b> Kreis Paderborn	 <b>Dr. Karsten Schneider</b> Kreis Recklinghausen	 <b>Andreas Müller</b> Kreis Siegen-Wittgenstein	 <b>Bastian Weber</b> Kreis Soest	 <b>Mario Löhr</b> Kreis Unna
 <b>Annalena Rönberg</b> Kreis Viersen	 <b>Sophia Maschelski-Werning</b> Kreis Warendorf	 <b>Dr. Peter Paic</b> Kreis Wesel	 <b>Dr. Sven Lichtmann</b> Oberbergischer Kreis	 <b>Iris Heinisch</b> Rhein-Erft-Kreis	 <b>Robert Winkels</b> Rheinisch-Bergischer Kreis	 <b>Hakan Temel</b> Rhein-Kreis Neuss	 <b>Sarah Zorlu</b> Rhein-Sieg-Kreis	 <b>Janine Köster</b> Städteregion-Aachen

Foto: Mohamed Hassan - Pixabay

# ONLINE-BILDUNGSANGEBOTE DER SGK NRW




Foto: fauxels - pixels

## Die SGK-BASICS - ONLINESEMINARE nach der Kommunalwahl 2025

NEU

JEDEN DONNERSTAG VON 17:00 - 20:00 UHR

30.10.	Das Kommunale Mandat	<a href="#">MEHR INFOS &gt;</a>
06.11.	Das Kommunale Mandat	<a href="#">MEHR INFOS &gt;</a>
13.11.	Das Kommunale Finanzmanagement - NKF I	<a href="#">MEHR INFOS &gt;</a>
20.11.	Der Ausschussvorsitz	<a href="#">MEHR INFOS &gt;</a>
27.11.	Das Kommunale Mandat	<a href="#">MEHR INFOS &gt;</a>
04.12.	Baurecht und Bauleitplanung	<a href="#">MEHR INFOS &gt;</a>
11.12.	Das Kommunale Finanzmanagement - NKF I	<a href="#">MEHR INFOS &gt;</a>
18.12.	Das Kommunale Mandat	<a href="#">MEHR INFOS &gt;</a>



## JEDEN FREITAG VON 9:00 - 9:30 UHR

JEDE WOCHE EIN NEUES SPANNENDES UND KURZWEILIGES THEMA



Das wöchentliche Online-Format für alle Mitglieder, jeden Freitag, nur 30 Minuten!  
Wir sprechen mit Euch über aktuelle politische Inhalte sowie Tipps und Tricks für die praktische politische Arbeit.

Alle Videos und Präsentationen der KOMMUNALEN KAFFEEPAUSE sind im SGK-Intranet abrufbar.

<https://sgk.nrw/intranet>

Einfach über diesen QR-Code einwählen:



**zoom**  
Meeting: ID: 920 7951 8319  
Kenncode: 008324

# SGK NRW UND DEMO KONGRESS 2025

**STARKE KOMMUNEN, STARKE DEMOKRATIE:  
SGK NRW UND DEMO SETZEN ZEICHEN FÜR DIE ZUKUNFT**

**B**eim 20. DEMO-Kommunalkongress, der am 3. und 4. Juli 2025 in Duisburg stattfand, wurde deutlich: Die Zukunft der Kommunen ist ein zentrales Anliegen sozialdemokratischer Politik. In Kooperation mit der SGK NRW brachte die Fachzeitschrift DEMO zahlreiche kommunalpolitisch engagierte Menschen zusammen, um über Herausforderungen und Chancen in Städten und Gemeinden zu diskutieren. Die Beiträge von Spitzenpolitikerinnen und -politikern machten klar: Kommunalpolitik ist nicht nur Verwaltung – sie ist gelebte Demokratie.



## KOMMUNEN KÖNNEN NICHT AUF MINISTERPRÄSIDENT WÜST ZÄHLEN

Bereits zum Auftakt des Kongresses fand Jochen Ott, Fraktionsvorsitzender der SPD im Landtag NRW, klare Worte: Er kritisierte scharf, dass sich die Kommunen nicht auf Ministerpräsident Hendrik Wüst verlassen könnten und im Regen stehen gelassen würden. Die SPD müsse die arbeitende Familie in den Mittelpunkt stellen und sich entschieden gegen diese Politik wehren. Ott verwies auf die Pläne, die ursprünglich vorgesehene 60-Prozent-Mindestquote für Kommunen beim Sondervermögen zu streichen – ein Schritt, der insbesondere auf Betreiben der NRW-Landesregierung erfolgt sein soll. „Gerade Städte und Gemeinden in NRW brauchen diese Mittel dringend. Dass Hendrik Wüst diesen Kurs nicht nur mitträgt, zeigt einmal mehr: Auf ihn können die Kommunen nicht zählen“, so Ott. Er warf dem Ministerpräsidenten Scheinheiligkeit vor: Während die Landesregierung im Sozialbereich einen Sparkurs fahre, verhindere die CDU gemeinsam mit der CSU dringend notwendige Entlastungen – etwa durch Priorisierung von Wahlgeschenken wie der Mütterrente.



**Stefan Schmitz**

Referent der  
SGK NRW

## VERENA HUBERTZ: BAUEN UND WOHNEN IST SPD PUR

Bauministerin Verena Hubertz betonte in ihrem Beitrag die zentrale Rolle des Wohnungsbaus für soziale Gerechtigkeit. „Bauen und Wohnen ist SPD pur“, sagte sie



und verwies auf die Verantwortung des Staates, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Die Bundesregierung habe mit dem Bündnis bezahlbarer Wohnraum und dem Wachstumschancengesetz wichtige Weichen gestellt. Doch Hubertz machte auch deutlich: Die Umsetzung gelingt nur mit starken Kommunen. Sie forderte eine bessere finanzielle Ausstattung der Städte und Gemeinden, um Bauvorhaben schneller und effizienter realisieren zu können. Besonders wichtig sei es, kommunale Wohnungsbaugesellschaften zu stärken und Planungsverfahren zu beschleunigen.

## BÄRBEL BAS: KOMMUNALE PERSPEKTIVE FEHLT OFT IN DER BUNDESPOLITIK

Bundessozialministerin und neue SPD-Vorsitzende Bärbel Bas, selbst tief in der Kommunalpolitik verwurzelt, kritisierte, dass die kommunale Perspektive in der Bundespolitik oft zu kurz komme. „Viele Entscheidungen werden in Berlin getroffen, aber vor Ort müssen sie umgesetzt werden – oft ohne ausreichende Mittel“, so Bas. Sie forderte eine stärkere Einbindung kommunaler Akteure in Gesetzgebungsverfahren und eine verlässliche Finanzierung kom-



municipaler Aufgaben. Besonders im Bereich der sozialen Infrastruktur – etwa bei Kitas, Schulen und Pflegeeinrichtungen – brauche es langfristige Investitionen. Bas plädierte für eine neue Kultur der Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen.

**FRANK MEYER: NEUE ALTSCHULDEN VERHINDERN**

Der SGK-Landesvorsitzende und Oberbürgermeister von Krefeld, Frank Meyer, warnte eindringlich vor einer neuen Altschuldenkrise. Viele Kommunen hätten sich in den vergangenen Jahren verschulden müssen, um ihre Pflichtaufgaben zu erfüllen – etwa im Bereich der sozialen Sicherung oder der Daseinsvorsorge. Nun drohe eine neue Schuldenwelle, wenn Bund und Länder nicht gegensteuern. Meyer forderte einen Altschuldenfonds, der besonders



belastete Kommunen entlastet, sowie eine Reform der kommunalen Finanzverfassung. „Wir brauchen eine faire Lastenverteilung – sonst droht die Handlungsfähigkeit vieler Städte und Gemeinden verloren zu gehen“, so Meyer.

**KOMMUNEN BRAUCHEN RÜCKENWIND**

Der gemeinsame Kongress von SGK NRW und DEMO hat gezeigt: Die Herausforderungen für die Kommunen sind groß – von der Wohnungsnot über die soziale Infrastruktur bis hin zur finanziellen Ausstattung. Doch ebenso groß ist das Engagement derjenigen, die sich vor Ort für das Gemeinwohl einsetzen. Die SPD setzt dabei weiterhin auf eine enge Verzahnung von Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik. Nur wenn alle Ebenen zusammenarbeiten, kann die Transformation gelingen – sozial gerecht, nachhaltig und demokratisch für alle Menschen.

Fotos: SGK NRW



Die angebotenen Fachgespräche und Workshops gaben wertvolle Anregungen und boten Raum für intensiven und konstruktiven Austausch.

**KOMMUNALFÜCHSE 2025**

Ein besonderes Highlight des Kongresses war die Verleihung der „Kommunalfüchse 2025“. Mit diesem Programm zeichnet die DEMO verdiente, aber auch junge Talente aus, die sich kommunalpolitisch in besonderem Maße engagieren oder engagiert haben. In diesem Jahr gehen die Kommunalfüchse nach Bochum, München und Radebeul – an drei Menschen, die sich mit unterschiedlichen Herausforderungen für Chancen der kommunalen Entwicklung und Teilhabe einsetzen.



Erfreulich aus NRW-Sicht: Der scheidende Oberbürgermeister von Bochum, Thomas Eiskirch, erhält einen Kommunalfuchs für seinen prägenden Einsatz für seine Stadt. Als Laudatorin betonte die ehemalige nordrhein-westfälische Ministerpräsidentin, Hannelore Kraft, seinen Einsatz und sein Engagement. Mit der „Bochum-Strategie“ habe er die Stadt zukunftsorientiert und nachhaltig aufgestellt. Besonders hervorgehoben wurde die erfolgreiche Umwandlung des ehemaligen Opel-Geländes in das Innovationsquartier „MARK 51°7“. Ein Vorbild für gelungenen Strukturwandel und kommunale Gestaltungskraft in NRW.

Ein weiterer Kommunalfuchs ging an Micky Wengatz, die sich als Gründungsmitglied und Vorsitzende des Vereins „München ist bunt“, seit 2010 gegen Rechtsextremismus, für Toleranz und Vielfalt einsetzt und an Leonhard Weist, der sich als Stimme der jungen Generation mit gerade einmal 20 Jahren als SPD-Fraktionsvorsitzender im Stadtrat von Radebeul für die Sichtweisen und Wünsche der jungen Generation einsetzt und Gehör verschafft.

# NEUES ZÄHLVERFAHREN GEKIPPT

DAS NEUE ZÄHLVERFAHREN FÜR DIE KOMMUNALWAHL HAT KEINEN BESTAND VOR DEM VERFASSUNGSGERICHT NRW



**E**in Versuch, das kommunale Wahlrecht in Nordrhein-Westfalen grundlegend zu modernisieren, ist gescheitert: Der Verfassungsgerichtshof in Münster hat am 20. Mai 2025 das sogenannte „Rock-Verfahren“ zur Sitzverteilung in Räten und Kreistagen für verfassungswidrig erklärt. Das Urteil fiel knapp – mit vier zu drei Stimmen – und hat erhebliche Folgen für die im September 2025 anstehende Kommunalwahl.

## WAS WAR GEPLANT?

Mit dem Ziel, die Sitzverteilung in kommunalen Vertretungen gerechter zu gestalten und der Zersplitterung der Räte und Kreistage entgegenzuwirken, hatte der Landtag NRW mit den Stimmen von CDU, SPD und Bündnis90/Die Grünen im Juli 2024 das vom Grünen-Politiker Simon Rock entworfene neue Zählverfahren verabschiedet. Es kombinierte Elemente aus dem bewährten Sainte-Laguë/Schepers-Verfahren mit Aspekten des d'Hondt-Systems. Neu an dem „Rock-Verfahren“ war die Verteilung der Sitze im Nachkommabereich mittels des sogenannten „prozentualen Restausgleichs“.

## WORAN IST ES GESCHEITERT?

Gegen diese Neuregelung formierten sich Bedenken, da insbesondere kleinere Parteien und Wählergruppen eine Benachteiligung befürchteten. FDP, Volt, Die Linke, BSW, die PARTEI und Piratenpartei sahen ihre Chancengleichheit verletzt und reichten Verfassungsbeschwerden ein.

Der Verfassungsgerichtshof folgte dieser Einschätzung und gab den Klagenden nun Recht: Der Verfassungsgerichtshof stützt seine Entscheidung insbesondere auf die Verletzung der verfassungsrechtlich garantierten Wahlrechtsgrundsätze. Die Gleichheit der Wahl und die Chancengleichheit der Parteien seien durch das „Rock-Verfahren“ unzulässig eingeschränkt worden. Das neue Verfahren habe faktisch eine Sperrklausel etabliert, indem Stimmen für kleinere Parteien bei der Sitzvergabe tendenziell weniger stark berücksichtigt wurden.

Besonders kritisch wurde gewertet, dass der Gesetzgeber diese Auswirkungen nicht ausreichend gerechtfertigt habe. Zwar habe er bei der Ausgestaltung des Wahlrechts grundsätzlich Gestaltungsspielraum – dieser müsse jedoch durch nachvollziehbare Gründe getragen werden. Eine derartige Begründung sei im Gesetzgebungsverfahren nicht erfolgt. Aus diesem Grund hob das Gericht die Änderung des § 33 Abs. 2 KWahlG auf.



**Alice  
Römer**

Ass. iur. | Referentin  
der SGK NRW

Besonders ärgerlich: CDU und Grüne hatten im Laufe des Verfahrens ein mathematisches Gutachten in Auftrag gegeben. Dieses kam jedoch – anders als geplant – im Ergebnis zu einer kritischen Einschätzung des „Rock-Verfahrens“. Allerdings hielten CDU und Grüne dieses Gutachten gegenüber der SPD als Mittragsteller geheim. Erst nachdem die FDP-Fraktion am Tag der Abstimmung damit in die Öffentlichkeit gegangen war, stellten CDU und Grüne auch der SPD-Fraktion das Gutachten zur Verfügung – ein ziemlich einmaliger Vorgang, der das überparteiliche Bemühen um eine rechtssichere Lösung im Landtag massiv untergraben hat.

#### WAS NUN?

Nach dem Urteil des Verfassungsgerichtshofs steht fest: Das umstrittene Rock-Verfahren wird bei der Kommunalwahl 2025 nicht angewendet.

Da das geltende Kommunalwahlgesetz derzeit keine rechtssichere Regelung zur Sitzverteilung enthält, ist der Landtag gefordert, rasch nachzusteuern. Die Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP hatten im Nachgang der Urteilsverkündung bereits einen neuen Gesetzesentwurf angekündigt, um zur bewährten Methode der Sitzvergabe nach dem Sainte-Lagué/Schepers-Verfahren zurückzukehren.

Für die Kommunalwahl im Herbst bedeutet das: Die Stimmen werden wie gewohnt ausgezählt. Ein erneuter Reformversuch zur Neugestaltung des Zählverfahrens könnte allerdings zur Kommunalwahl 2030 erneut in Angriff genommen werden.

## KAMINGESPRÄCHE 2025



Im Rahmen der Vorbereitung auf die Kommunalwahl 2025 hat die SGK NRW erneut neu- und wiederkandidierende Bewerberinnen und Bewerber für die Hauptverwaltungsämter in Nordrhein-Westfalen zu den traditionellen SGK-Kamingesprächen nach Dortmund und Düsseldorf eingeladen.

Rund 100 Kandidatinnen und Kandidaten folgten der Einladung und nutzten die jeweils rund zweistündigen Veranstaltungen, um sich mit Amtsinhaberinnen und Amtsinhabern sowie Wiederkandidierenden über die Herausforderungen der bevorstehenden Wahl auszutauschen. Fachlichen und politischen Input lieferten neben kommunalen Expertinnen und Experten auch Christian Dahm MdL, stellvertretender SPD-Landtagsfraktionsvorsitzender in Dortmund sowie Sarah Philipp MdL, Co-Vorsitzende der NRWSPD beim Kamingespräch in Düsseldorf.

Beim anschließenden gemeinsamen Abendessen bot sich allen Teilnehmenden die Gelegenheit, Gespräche zu vertiefen und wertvolle Kontakte zu knüpfen.

Fotos: SGK NRW

### DIE KOMMUNALE MITTAGSPAUSE



Seit Anfang des Jahres bietet die SGK NRW mit der digitalen Reihe „Die kommunale Mittagspause“ ein regelmäßiges Austauschformat für Spitzenkandidierenden an. An jedem zweiten Mittwoch im Monat steht neben einem fachlich spannenden Impuls zur Kommunalwahl vor allem der persönliche Austausch zwischen den (Wieder-)Kandidierenden im Mittelpunkt.

Bis zur Kommunalwahl finden noch zwei Termine statt:

**13. August** und **10. September**, jeweils von 12:00 bis 13:30 Uhr.

Die Einladungen werden rechtzeitig an die Kandidierenden verschickt.

# KURZ VORGESTELLT

## LESESTOFF FÜR DIE KOMMUNALPOLITISCHE ARBEIT



### BEAMTENSTATUSGESETZ

Von Metzler-Müller, Rieger, Seeck und Zentgraf, KSV Verlag, 6. Auflage 2022, 630 Seiten, ISBN 978-3-8293-1752-8, Softcover, 69 Euro

Der Kommentar zum Beamtenstatusgesetz hat sich als praxisorientiertes Standardwerk im öffentlichen Dienst etabliert. Die 6. Auflage bietet eine umfassend aktualisierte und zugleich kompakte Kommentierung, die durch eine benutzerfreundliche Gestaltung als wertvolle Orientierungshilfe in einem rechtlich vielschichtigen Regelungsbereich überzeugt.

Das Werk enthält eine Einführung in die Entstehungsgeschichte und Systematik des BeamtStG und behandelt zentrale Regelungsbereiche wie die Begründung und Beendigung des Beamtenverhältnisses, Abordnung, Versetzung sowie die rechtliche Stellung von Beamtinnen und Beamten. Ergänzt wird das Werk durch eine Sammlung ergänzender Rechtsvorschriften im Anhang. Zu beachten ist die enge Verzahnung des BeamtStG mit den jeweiligen Landesbeamtengesetzen.

Besonderes Augenmerk liegt auf einer klaren, gut strukturierten Sprache, die auch komplexe Sachverhalte zugänglich macht. Damit eignet sich das Werk nicht nur für die tägliche Rechtsanwendung, sondern auch für Ausbildung und Lehre.

Nicht zuletzt ist es der praktischen Erfahrung und wissenschaftlichen Kompetenz der Autorinnen und Autoren zu verdanken, dass das Werk sowohl in Lehre als auch Praxis hohe Anerkennung erfährt.



### HANDBUCH KOMMUNALPOLITIK NORDRHEIN-WESTFALEN

Hrsg. Dr. Bernd Jürgen Schneider, Deutscher Gemeindeverlag, 4. Auflage 2021, 162 Seiten, ISBN 978-3-555-02188-1, Softcover, 39 Euro

Welche Rechten und Pflichten habe ich als Ratsmitglied? Was verbirgt sich hinter dem Begriff NKF? Wie gelingt die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern bei Entscheidungsprozessen? Diese und zahlreiche weitere wichtige Fragen stellen sich neugewählte Mandatsträgerinnen und Mandatsträger in den Kommunen im ganzen Land. Das Handbuch bietet ihnen eine wertvolle Einstiegs- und Orientierungshilfe in die Kommunalpolitik und ist auch später noch ein verlässliches Nachschlagewerk.

Die Herausgeber und am Werk beteiligten Autorinnen und Autoren bringen durch eigene jahrelange praktische Erfahrung ein großes Fach- und Praxiswissen ein.



### LEITFADEN FÜR DIE RATSARBEIT

Von Andreas Wohland und Dr. Hanspeter Knirsch, 8. Auflage 2025, ca. 250 Seiten, 23 Euro + Versand  
Bestellungen per Mail:  
[bestellung@schaabduesseldorf.de](mailto:bestellung@schaabduesseldorf.de)  
*Liefertermin des Leitfadens ist für Ende August 2025 vorgesehen.*

Der „Leitfaden für die Ratsarbeit“ bietet neuen wie erfahrenen Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern fundiertes Basiswissen zur Kommunalverfassung NRW. Andreas Wohland - Geschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes NRW – und Dr. Hanspeter Knirsch – Rechtsanwalt mit jahrelanger kommunalrechtlicher Praxiserfahrung - behandeln systematisch Themen wie Ratsarbeit, Stellung der Ratsmitglieder und NKF. Die vollständig überarbeitete Ausgabe berücksichtigt alle gesetzlichen Neuerungen der letzten Jahre.

Mit klarer Gliederung und Schwerpunktsetzung auf praxisrelevante Fragen und Antworten erleichtert der Leitfaden die tägliche Arbeit in der Kommunalpolitik – ein unverzichtbares Nachschlagewerk auch für Verwaltungsmitarbeitende.



### IMPRESSUM

**DIE KOMMUNALE**  
Das Magazin für Kommunalpolitik  
Herausgeber:  
Sozialdemokratische Gemeinschaft  
für Kommunalpolitik in NRW e.V.  
(SGK NRW)  
Elisabethstraße 16, 40217 Düsseldorf  
Tel.: 0211-876747-0  
Fax: 0211-876747-27  
[info@sgk-nrw.de](mailto:info@sgk-nrw.de)  
[www.diekommunale.de](http://www.diekommunale.de)

Verantwortlich (auch für Anzeigen):  
Maik Luhmann,  
Landesgeschäftsführer der SGK NRW  
  
Satz und Gestaltung:  
SGK NRW, Postfach 20 07 04,  
40104 Düsseldorf  
  
Namentlich gekennzeichnete Beiträge  
geben nicht unbedingt die Meinung  
der SGK NRW wieder. Nachdruck  
mit Quellenangabe gestattet.



# eGovPraxis Sozialhilfe Echte Entlastung in der Fach- & Sachbearbeitung

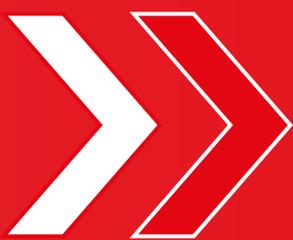


**Die Rechtsinformations- &  
Wissensmanagementlösung  
für Sozialämter.**

eGovPraxis Sozialhilfe verknüpft praxisorientierte Rechtsinhalte zur Sozial- und Eingliederungshilfe, zu Wohngeld und Asylbewerberleistungen mit Ihren lokalen Regelungen und Arbeitsmaterialien auf einer Plattform. Treffen Sie Fallentscheidungen rechtsicher und effizient.

**Jetzt informieren:**





# In den Rathäusern brennt es

Laut IT.NRW sind die **Schulden der Kommunen in Nordrhein-Westfalen** im vergangenen Jahr um fast zwölf Prozent **auf 70,5 Milliarden Euro gestiegen**. **Rund drei Milliarden Euro neue Kassenkredite** mussten die Städte und Gemeinden im vergangenen Jahr neu aufnehmen – unter anderem für Gehälter. Mit diesem erneuten drastischen Anstieg liegen die Kommunen bundesweit an der Spitze.

Die **Kassenkredite sind die Altschulden von morgen**: Da nur noch 16 von 430 Städten, Gemeinden, Kreisen, Landschaftsverbänden und einem Regionalverband ihre Ausgaben aus den Einnahmen decken können, steigt die Verschuldung aufgrund der Aufnahme von Kassenkrediten weiter.

Besonders brisant: Die NRW-Landesregierung soll sich beim Koalitionsausschuss Anfang Juli dafür starkgemacht haben, die **Mindestquote von 60 Prozent für Kommunen beim Infrastruktur-Investitionspaket des Bundes zu kippen**. Damit würde ausgerechnet der kommunale Anteil an dringend benötigten Investitionen in marode Schulen, kaputte Straßen und digitale Infrastruktur geschwächt.

**Das Nichtstun von Ministerpräsident Hendrik Wüst führt dazu, dass in den Kommunen NRWs die Infrastruktur weiter verfällt, Angebote gestrichen, Einrichtungen geschlossen und Steuern erhöht werden.**



**JUSTUS MOOR**

Sprecher im Ausschuss für Heimat und Kommunales

**„In den Rathäusern brennt es, doch Ministerpräsident Wüst tut nichts.“**

Weitere Infos unter:  
[www.spd-fraktion-nrw.de](http://www.spd-fraktion-nrw.de)

## DAS BRAUCHEN KOMMUNEN JETZT

### ENTLASTUNG DURCH DAS LAND



Der Landtag bringt ein Gesetz zur Entlastung der Kommunen bei den Altschulden auf den Weg. Doch das Gesetz berücksichtigt nur die Kassenkredite bis Ende 2023. Für drei Milliarden Euro neuer Kredite aus 2024 – den Altschulden von morgen – braucht es ebenfalls eine Lösung.

### PARTIZIPATION AM SONDERVERMÖGEN DES BUNDES



Wir fordern, dass ein Großteil des NRW-Anteils am Sondervermögen des Bundes schnell und unkompliziert an die Kommunen weitergeleitet wird. Zusätzlich sollen mit einem NRW-Paket für öffentliche Investitionen 15 Milliarden Euro Sofortinvestitionen zur Verfügung gestellt werden.

### MEHR GELD AUS STEUERN



Wir wollen den Anteil der Kommunen am Steueraufkommen erhöhen – sowohl über den sogenannten Verbundsatz im kommunalen Finanzausgleich als auch über einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer oder der Einkommenssteuer.